

# Die Rolle europäischer Regierungen und Bürgerinitiativen für eine 'tragfähige' Entwicklung der Philippinen

## Internationale Konferenz über die *Offizielle Entwicklungshilfe* (ODA) aus Europa vom 17.-19. Mai 1990 in Amsterdam

Die Delegation aus den Philippinen, die über tausend regierungsunabhängige Entwicklungsorganisationen (NRO), Stiftungen, Genossenschaften und kirchliche Entwicklungszentren repräsentierte, übte auf der Amsterdamer Entwicklungskonferenz Kritik an der staatlichen Entwicklungshilfe aus Europa für die Philippinen.

Die Konferenz war vom *Transnationalen Institut* (TNI) in Amsterdam organisiert worden und wurde von etwa 80 Vertretern europäischer Hilfsorganisationen, Informationszentren, Solidaritätsgruppen und einer starken philippinischen Gruppe besucht. Die Delegation aus den Philippinen überraschte durch das Bündnis politisch unterschiedlicher Netzwerke von Entwicklungsorganisationen und die Vorstellung alternativer Entwicklungskonzepte. Ein Koordinationskomitee (caucus) aus neun Netzwerken hatte Fernando Aldaba, den Direktor der *Philippinischen Partnerschaft für Ländliche Entwicklung* (PHILDHARRA), und Victor Penaranda, den Geschäftsführer vom *Komitee für Basisentwicklung* (CPD), von zwei politisch sehr unterschiedlichen Netzwerken, als Sprecher des neuentstandenen Bündnisses für die Konferenz delegiert. Neben den sozialdemokratisch-reformistisch (SOCDEM) und nationaldemokratisch-klassenanalytisch (NATDEM) orientierten Gruppierungen war zum ersten Mal auch eine ökologische Position durch das *Grüne Forum* und seinen engagierten Sprecher Maximo Kalaw vertreten. Dadurch erhielten ökologische Kriterien für die Kritik an der gegenwärtigen Entwicklung (-hilfe) und die Formulierung von Alternativen einen ausgeprägteren Stellenwert, als es sonst in den Debatten um Reform oder Revolution auf den Philippinen üblich ist, auch wenn die evolutionären Ansätze der Ökologen und die klassenkämpferischen der Marxisten vorläufig noch als unvereinbar erschienen. Das *Parlament der Straße*, das 1986 Cory Aquino an die Macht gebracht hat, sich jedoch inzwischen von ihr 'verraten' fühlt, scheint ein Comeback zu erleben, sehr souverän, an den Grundbedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet und zu neuen Bündnissen fähig. Im *Kongreß für eine Landreform des Volkes* (CPAR) sind beispielsweise die 12 größten Bauernver-

bände des Landes mit den unterschiedlichsten politischen Ausrichtungen mit 1,5 Mio. Mitgliedern zusammengeschlossen. So ähnlich verhält es sich auch mit dem Gewerkschaftsbündnis *Arbeiter-Beratungskomitee* (LACC), der *Koalition zur Entschuldung* (FDC) oder den Bündnissen gegen die Stützpunkte der USA auf den Philippinen.

Die Kreise von Großgrundbesitzern, Unternehmern und Militärs, die unter Cory Aquino noch mehr Macht als unter Marcos besitzen, spüren die Bedrohung ihrer Privilegien und Machtinteressen durch die neue Entwicklungsbewegung. Der prominenteste Sprecher von CPAR, ehemaliges Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung und Präsident des *Nationalen Bauernverbandes der Philippinen* (KMP) Jaime ('Jimmy') Tadeo war kurz vor der Konferenz am 10. Mai verhaftet worden, mit der fadenscheinigen Anschuldigung der Veruntreuung von Geldern einer Genossenschaft aus dem Jahre 1981 (vgl. Philippinen-Nachrichtenteil).

### Das Ringen um eine 'tragfähige Entwicklung'

"Die Entwicklung des Landes muß die 'Chancengleichheit' für alle ermöglichen, den Schutz der Umwelt garantieren und die Partizipation der Betroffenen gewährleisten." Darauf hatten sich alle vertretenen Entwicklungsorganisationen geeinigt. Die staatlichen Entwicklungsbehörden des Landes haben gezeigt, daß sie dazu nicht in der Lage sind, auch nicht unter Frau Aquino. Die regierungsunabhängigen Entwicklungsorganisationen und ihre Netzwerke und Bündnisse garantieren am ehesten einen Entwicklungsweg im Interesse der Bevölkerung. Soweit ausländische Staaten bereit sind, eine Entwicklung im Interesse der Bevölkerung durch regierungsunabhängige Organisationen (NRO) und Basisorganisationen (PO) zu fördern, sind sie willkommen. Die ODA, die systemstabilisierend wirkt und zur Repression der Bevölkerung beiträgt, wird zurückgewiesen und bekämpft. Man rechnet auf eine neue Allianz von Steuerzahlern in den Geberländern und den Basisinitiativen der Ent-

wicklung im Lande, um diese Herausforderung zu forcieren.

Die privaten Geberorganisationen, von denen aus der Bundesrepublik nur *Brot für die Welt* vertreten war, wurden gebeten, diese Herausforderung und die Umorientierung der Entwicklungshilfe zu thematisieren und zu unterstützen, statt staatliche Defizite zu kompensieren und handliche Projekte nach eigenem Gutdünken zu fördern.

Nach Auffassung aller philippinischen Delegierten genießt Frau Aquino im Ausland ein unverdientes Ansehen, das aus dem Sturz des Diktators und der Wiederherstellung formaler demokratischer Institutionen stammt. Im Lande selbst ist sie für die zunehmende soziale Polarisierung zwischen arm und reich und der Entladung im revolutionären Aufstand der Landbevölkerung in der *Neuen Volksarmee* (NPA) verantwortlich. Statt die sozialen Ursachen des Aufstandes anzugehen, betreibt sie die *totale Bekämpfung* und eine militärische Ausmerzung bis 1992. Aus Rücksicht auf Kritiker wurde Anfang des Jahres in einer demonstrativen Geste auf der Insel Samar, einer der ärmsten Regionen des Landes, in euphemistischer Rhetorik der *totale Kampf gegen die Armut* erklärt. Bereits zwei Tage später wurden zwei Entwicklungshelfer von der *Philippinischen Hilfe für Ländliche und Städtische Entwicklung* (PARUD) vom Militär verschleppt, von denen einer tot aufgefunden wurde, der andere immer noch verschollen ist. Während der Konferenz brannten Kerzen zu ihrem Gedenken, wie auch für zwei Brüder einer Vertreterin des *Entwicklungszentrums für Ethnische Minderheiten* (ATC), die kurz vor der Konferenz als tatsächliche oder angebliche Angehörige der NPA vom Militär in den Kordillern mißhandelt und umgebracht worden waren.

Da die offizielle staatliche Entwicklungshilfe unter den gegenwärtigen Verhältnissen massiv zur Stabilisierung der Ungerechtigkeitsverhältnisse beiträgt und die Geberstaaten für den eskalierenden Bürgerkrieg mitverantwortlich sind, wandte sich die philippinische Delegation in einem gemeinsamen Positionspapier mit einem eindringlichen Appell an die Konferenz, zur Eindämmung und Beendigung des Bürgerkriegs beizutragen:

*Daher ist es erforderlich, daß die Bürger in den Geberländer und dem Empfängerland jetzt Druck auf die Instanzen der Entwicklungshilfe mit dem Ziel ausüben, daß die Entwicklungshilfe als positiver Hebel für eine tragfähige politische Lösung der internen Konflikte auf den Philippinen eingesetzt wird.*

Heinz Kotte

Der Verfasser ist Redaktionsmitglied der *Südostasien Informationen*.